

NZZ, 29. August 2006+

## **Sozialhilfe-Missbrauch**

In einem Postulat fordert Claudio Schmid (svp., Bülach) die gesetzliche Möglichkeit, dass kantonale Sozialhilfe-Subventionen an Gemeinden gekürzt oder gestrichen werden, wenn diese nicht gegen Missbräuche in der Sozialhilfe vorgehen. In seiner Stellungnahme schreibt der Regierungsrat, dass keine Zunahme der Sozialhilfe-Missbräuche festzustellen ist. Die Beiträge des Kantons an die Sozialhilfe betragen nur 5 Prozent der Ausgaben. Den Rest tragen die Gemeinden. Sie haben also grosses Interesse, Missbräuche zu verhindern. Es gibt keine Hinweise darauf, dass sie dies nicht tun. Zudem enthält das Sozialhilfegesetz verschiedene Instrumente zur Bekämpfung von Missbräuchen. Die laufende Revision sieht weitere Instrumente vor. Claudio Schmid (svp., Bülach) kritisiert, dass die Gemeinden nicht bereit seien, griffige Kontrollen einzuführen. Gemeinden, die Sozial-Inspektoren einführen, sollen mit finanziellen Anreizen belohnt werden. Lucius Dürr (cvp., Zürich) kommt zum Schluss, dass alle Massnahmen vorhanden sind, damit Missbräuche verhindert werden. Die Gemeinden handeln, wie das Beispiel der Stadt Zürich zeigt. Wir sehen keinen weiteren Handlungsbedarf. Hans Fahrni (evp., Winterthur) wehrt sich gegen den Eindruck, dass die überwiegende Zahl der Sozialhilfebezügler Missbrauch betreibt. Missbrauch gibt es überall, auch etwa in Form von Steuerhinterziehung. Urs Lauffer (fdp., Zürich) kritisiert, dass die SVP stets die Gemeindeautonomie predigt. Beim Sozialbereich aber wird dieser Grundsatz getrübt. Die Gemeinden sind bereit, neue Massnahmen gegen Missbräuche zu ergreifen. Der Staat hat eine Handhabe einzugreifen, aber was die SVP hier vorschlägt, ist eine Gängelung der Gemeinden. Katharina Prelicz (gp., Zürich) stellt klar, dass Missbrauch heute geahndet wird. Es gibt die Möglichkeiten, Leistungen zurückzufordern, eine Abstufung vorzunehmen oder eine Strafanzeige einzureichen. Peter A. Schmid (sp., Zürich) findet, dass die beste Massnahme gegen Sozialhilfe-Missbrauch genügend Sozialarbeiter sind, die Kontrollen vornehmen. Willy Haderer (svp., Unterengstringen) bestreitet, dass Missbräuche geahndet werden. Es ist für die Gemeinden nicht so einfach. Die heutigen Massnahmen genügen nicht. Die Gemeinden werden durch die Rechtsprechung entmutigt, die gesetzlichen Vorschriften durchzusetzen.

Für Sicherheitsdirektor Ruedi Jeker ignoriert die SVP, was in letzter Zeit gelaufen ist. Claudio Schmid spricht von amtlich toleriertem Missbrauch. Das ist ein starkes Stück. 95 Prozent der Aufwendungen zahlen die Gemeinden. Sie haben ein eigenes Interesse, Missbräuche zu verhindern. Die SVP spricht immer von Eigenverantwortung. Es gibt auch eine Eigenverantwortung der Gemeinden. Der Vorstoss enthält viel politische Stimmungsmache und wenig konkrete Vorschläge.

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats mit 102 zu 54 Stimmen ab.  
Schluss der Sitzung: 11 Uhr 55

Nächste Sitzung: Montag, 4. September, 8 Uhr 15.